



Information zur Datenverarbeitung im Rechtsschutz

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Sie möchten Unterstützungsleistungen der IG Metall nach § 27 der Satzung („Unterstützung durch Rechtsschutz“) nutzen.

Zu Ihrer Beratung sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen eines Rechtsschutzauftrags ist es erforderlich, dass wir eine Vielzahl von Informationen von Ihnen erhalten und verarbeiten. Neben allgemeinen Angaben zu Ihrer Person sind weitere Informationen erforderlich, die sich nach dem Gegenstand der Rechtsschutzangelegenheit richten.

Bspw. können Angaben zur Art, Dauer und Umfang Ihrer Beschäftigung bei Ihrem Arbeitgeber, zur Höhe Ihres Arbeitsentgelts, zu Ihren Unterhaltungspflichten, zu konkreten Ereignissen am Arbeitsplatz, etwa zu von Ihrem Arbeitgeber behaupteten Fehlern bei der Verrichtung Ihrer Arbeit, oder auch zu Ihrem Gesundheitszustand erforderlich sein. Insbesondere in sozialrechtlichen Streitigkeiten können auch Angaben zu Ihren Vermögensverhältnissen relevant sein.

Dazu möchten wir Sie auf folgendes hinweisen:

Der Rechtsschutz wird durch die IG Metall selbst erbracht, durch die DGB Rechtsschutz GmbH, durch beauftragte Rechtsanwältinnen und –anwälte, durch beauftragte Steuerberaterinnen und –berater und – in seltenen Fällen – im europäischen Ausland auch durch dort ansässige Gewerkschaften, mit denen die IG Metall durch einen Solidaritätspakt verbunden ist.

Wenn Sie den Rechtsschutz der IG Metall nutzen, werden wir daher Ihre Daten an diese Partner übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der konkreten Rechtsschutzaufgabe im Rahmen Ihrer auftragsbezogenen Weisungen erforderlich ist.

Wenn Sie beispielsweise mit einer Kündigungsschutzklage das Ziel verfolgen wollen, dass arbeitsgerichtlich festgestellt wird, dass eine Kündigung Ihres Arbeitgebers rechtsunwirksam ist, dann wird dieses Klageverfahren in der Regel durch die DGB Rechtsschutz GmbH geführt, der wir dazu Ihre Daten übermitteln werden.

Unter Umständen wird dazu eine separate Einwilligungserklärung von Ihnen eingeholt.

Soweit dies zur Erfüllung Ihres Rechtsschutzauftrags erforderlich ist, werden Ihre personenbezogene Daten durch die IG Metall, die DGB Rechtsschutz GmbH oder von uns beauftragte Rechtsanwältinnen und –anwälte, Steuerberaterinnen und –berater und ggf. im europäischen Ausland ansässige Gewerkschaften auch an Dritte weitergegeben.

Soweit die Kenntnis personenbezogener Daten zu Ihnen erforderlich ist, um Ihre Rechte im Rahmen Ihrer Weisungen geltend zu machen oder zu verteidigen, werden diese personenbezogenen Daten insbesondere dem Verfahrensgegner und seinen Vertretern, Gerichten oder Behörden übermittelt. Dazu kann insbesondere auch die Tatsache Ihrer Mitgliedschaft in der IG Metall gehören. Im Kontakt mit Dritten wird die Tatsache einer Gewerkschaftsmitgliedschaft für diese Dritten regelmäßig auch dadurch erkennbar werden, dass Sie durch den gewerkschaftlichen Rechtsschutz vertreten werden. Auch andere sensible Daten werden gegebenenfalls an Dritte übermittelt werden. Die Geltendmachung oder Verteidigung bestimmter Rechte kann es beispielsweise erforderlich machen, Angaben zu Ihrem Gesundheitszustand (insbesondere einer Behinderung) oder Ihrer Herkunft zu machen.

Wir weisen zudem darauf hin, dass die IG Metall bei Inanspruchnahme der Unterstützungsleistung „Rechtsschutz“ personenbezogene Daten von Ihnen auch zu verbandsinternen Verwaltungszwecken verarbeiten wird. Beispielsweise ist es erforderlich, dass wir Art und Umfang der Rechtsschutzgewährung speichern, um überprüfen zu können, ob Kosten von der IG Metall als Teil der Unterstützungsleistung „Rechtsschutz“ zu übernehmen sind.

Auch die Abwicklung eventuell vorliegender Haftungsansprüche sowie die Ausübung oder Geltendmachung etwaiger Ansprüche im Verhältnis zwischen Ihnen und der IG Metall kann es mit sich bringen, dass wir diese Daten verarbeiten.

Im Folgenden möchten wir Ihnen daher noch folgende Angaben zur Verarbeitung Ihrer Daten machen:

Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen sowie seines Vertreters:

IG Metall, vertreten durch 1.Vorsitzender, Jörg Hofmann, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main (dsgvo.verantwortlicher@igmetall.de)

Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten:

Sie erreichen die/den zuständige/n Datenschutzbeauftragte/n unter:

IG Metall Vorstand, Stst. Interne Revision/Datenschutz, Wilhelm-Leuschner-Str. 79, 60329 Frankfurt am Main (datenschutz@igmetall.de)

Wir stützen die Datenverarbeitung auf die folgenden Rechtsgrundlagen:

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die sich auf die Beratung, Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen der Nutzung der Satzungsleistung „Rechtsschutz“ beziehen, ist Artikel 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b Datenschutzgrundverordnung (Verordnung EU 2016/679) („**DSGVO**“), der eine Verarbeitung zur Erfüllung eines Vertrages gestattet. Die vertraglichen Verpflichtungen werden wesentlich durch die IG Metall Satzung in der geltenden Fassung konkretisiert.

Sofern wir eine separate Einwilligungserklärung von Ihnen eingeholt haben, ist zudem Artikel 6 Abs. 1 UAbs. lit. a DSGVO Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung sind darüber hinaus Artikel 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f DSGVO, der eine Verarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen zulässt, sofern dies erforderlich ist und Ihre Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten nicht überwiegen. Ferner sind die Artikel 9 Abs. 2 lit. d

und f DSGVO Rechtsgrundlage, die die Verarbeitung von besonderen Kategorien von Daten zulassen, wenn dies im Rahmen unserer rechtmäßigen Tätigkeiten erfolgt bzw. zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Dauer der Speicherung/ Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Wir richten uns nach den für Rechtsanwälte geltenden Aufbewahrungspflichten. Daher werden die für die Abwicklung der Rechtsschutzangelegenheit erhobenen personenbezogenen Daten für die Dauer von 6 Jahren, beginnend mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde, gespeichert. Danach werden Ihre Daten gelöscht, es sei denn, dass wir ein berechtigtes Interesse an der weiteren Speicherung haben, wir die Daten zur Ausübung oder Verteidigung eigener Rechte benötigen oder Sie darin eingewilligt haben.

Rechte der betroffenen Person:

Wenn Sie im Zusammenhang mit Ihren Rechten Fragen haben, können Sie uns gerne kontaktieren. Ihnen stehen beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen folgende Rechte nach Art. 15 bis 22 DSGVO zu:

- Recht auf Auskunft, d.h. das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob personenbezogene Daten über Sie verarbeitet werden, und, falls dies der Fall ist, Auskunft über diese Daten und weitere Informationen zu erhalten;
- Recht auf Berichtigung von Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die unrichtig sind;
- Recht auf Löschung, etwa wenn die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig sind;
- Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung,
- Recht auf Datenübertragbarkeit, d.h. das Recht, die Sie betreffenden personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem bestimmten Format zu erhalten;
- Recht, in bestimmten Fällen aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Datenverarbeitung Widerspruch einzulegen.

Die Inanspruchnahme des Rechtsschutzes erfordert, dass das Mitglied gegenüber der IG Metall die maßgeblichen Tatsachen wahrheitsgemäß und vollständig mitteilt. Nur so können die Erfolgsaussichten eines Verfahrens eingeschätzt werden. Die Erfolgsaussichten sind ein wesentliches Kriterium für die Entscheidung der IG Metall über die Rechtsschutzgewährung.

Wollen Sie dem nicht nachkommen oder machen Sie später Löschungsrechte geltend oder schränken Sie die Verarbeitung Ihrer Daten später ein, kann dies die Nichtgewährung von Rechtsschutz oder den nachträglichen Entzug der Rechtsschutzleistung zur Folge haben. Im Fall der Fortführung des Rechtsschutzes kann es zur Folge haben, dass Ihre Interessen nicht bestmöglich vertreten werden können.

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig erfolgt, haben Sie gem. Art. 77 DSGVO das Recht, sich bei einer zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes. Die Anschrift der für die IG Metall zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden,
Tel.: 0611 1408-0